

# Aufgaben des Staates



## Arbeitsschritte der Partnerarbeit bzw. Gruppenarbeit:

1. Teilt die Quellen 1.1 bis 1.8 sinnvoll untereinander auf.
2. Lest die euch zugeteilten Infotexte durch und notiert euch wichtige Inhalte.
3. Kommt nun zusammen und stellt euch eure Punkte gegenseitig vor. Vervollständigt nun eure Notizen, sodass ihr gegen Ende dieser Phase zu allen acht Aufgaben Informationen notiert habt.

### 1.1 Äußere Sicherheit

Den Menschen eines Landes droht der Verlust des Friedens und der Freiheit nicht nur durch kriminelle Aktivitäten im Inneren, sondern auch durch kriegsrische Handlungen von außen. Zur Wahrung der äußeren Sicherheit dienen Armeen und Verteidigungsbündnisse. Für die Bundesrepublik Deutschland spielte die äußere Sicherheit lange Zeit eine herausragende Rolle. Der Grund dafür war der ost-west Konflikt bzw. der kalte Krieg. In dieser Zeit wurde deutlich, dass durch ausreichende Bewaffnung und Bündnisbildung Kriege verhindert werden können. Um den Missbrauch der Bundeswehr zu Angriffszwecken zu verhindern, wurde im Grundgesetz Artikel 26 verankert.

#### Art. 26 GG

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

#### Kalter Krieg:

Zeitepoche nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 60er Jahre. Westeuropa und die USA standen dem kommunistischen Osteuropa gegenüber. Beide Machtblöcke waren Hochgerüstet, eine direkte gewaltsame atomare Auseinandersetzung fand aber nie statt.

### 1.2 Innere Sicherheit Und Ordnung

Der Wunsch der Menschen nach friedvollem Zusammenleben verlangt einen Staat, der die Sicherheit im Inneren gewährleistet. Dies erfolgt durch die Tätigkeit der Polizei und der Gerichte. Die Berechtigung, physische Gewalt anzuwenden, liegt dabei grundsätzlich beim Staat. Dies wird als **Gewaltmonopol** des Staates bezeichnet. Lediglich in Notwehrsituationen darf sich der Einzelne mit Gewalt wehren. Die innere Sicherheit ist ein soziales Grundrecht, das zu gewähren der Staat gegenüber den Bürgern in der Pflicht steht. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sind die Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden wegen der seither erhöhten abstrakten Gefährdungslage nochmals deutlich gestiegen.

**Physische Gewalt:**  
körperliche Gewalt

**Psychische Gewalt:**  
(auch: seelische oder emotionale) ist „unsichtbar“. Man kann von außen meist weder die Gewalttat noch ihre Folgen sehen.

### 1.3 Die Wahrung und Entwicklung der Rechtsordnung

Eng verbunden mit der inneren Sicherheit und Ordnung ist die Rechtsordnung eines Staates. In ihr werden das Zusammenleben der Personen und deren Verhältnis zum Staat festgelegt. Das Recht soll Gerechtigkeit stiften. Wichtige Rechtsgrundlagen stellen in Deutschland das BGB und das StGB dar. Weil sich die Gesellschaft wandelt, muss sich auch die Rechtsordnung weiterentwickeln. So hat sich zum Beispiel das Namensrecht in § 1355 BGB folgendermaßen geändert:

#### § 1355 BGB (Auszug aus der alten Fassung)

(2) Zum Ehenamen können die Ehegatten bei der Eheschließung durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten den Geburtsnamen des Mannes oder den Geburtsnamen der Frau bestimmen. Treffen sie keine Bestimmung, so ist Ehename der Geburtsname des Mannes.

#### § 1355 BGB (Auszug aus der derzeitigen Fassung)

(1) Die Ehegatten sollen einen gemeinsamen Familiennamen (Ehenamen) bestimmen ... Bestimmen die Ehegatten keinen Ehenamen, so führen sie ihren zur Zeit der Eheschließung geführten Namen auch nach der Eheschließung.  
(2) Zum Ehenamen können die Ehegatten durch Erklärung gegenüber dem Standesbeamten den Geburtsnamen des Mannes oder den Geburtsnamen der Frau bestimmen.

#### BGB (Bürgerliches Gesetzbuch)

Es regelt die Rechtsbeziehungen der Bürger untereinander

#### StGB (Strafgesetzbuch)

Es legt fest, welche Handlungen in der Bundesrepublik strafbar sind.

Die meisten öffentlichen Einrichtungen werden von den Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge bereitgestellt. Sofern es sich nicht um im Rahmen von Pflichtaufgaben vorzuhaltende Einrichtungen handelt, ist die Gemeinde bei der Entscheidung über die Schaffung bzw. Erhaltung öffentlicher Einrichtungen frei. So kann sie, wenn es etwa die finanzielle Lage erfordert, die Bibliothek, das Museum, das Theater, den Sportplatz oder das Schwimmbad schließen, nicht aber die Schule oder den Friedhof.

(1) Im eigenen Wirkungskreis sollen die Gemeinden ... die öffentlichen Einrichtungen schaffen und erhalten, die ... für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ... ihrer Einwohner erforderlich sind.

Die Staatsvorstellungen im 19. Jahrhundert wurden von den Kritikern als **Nachtwächterstaat** bezeichnet. Nach einer modernen Staatsvorstellung soll der Staat seinen Bürgern stets ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Wie stark der sogenannte **Sozialstaat** ausgeprägt sein soll, hängt von der jeweiligen Sozialpolitik an der Regierung ab. Mindestansprüche ergeben sich aus den im Grundgesetz verankerten Grundrechten

Ein Staat, der sich am Prinzip des Laissez-faire orientiert und sich auf den Schutz des Privateigentums und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschränkt.

Ein Staat, der in seinem Handeln als Staatsziele soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit anstrebt, um die Teilhabe aller an den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu gewährleisten.



Daher bemüht sich der Staat, die Wirtschaft zu fördern. Dies kann zum Beispiel durch Subventionen geschehen oder aber auch durch Konjunkturprogramme.

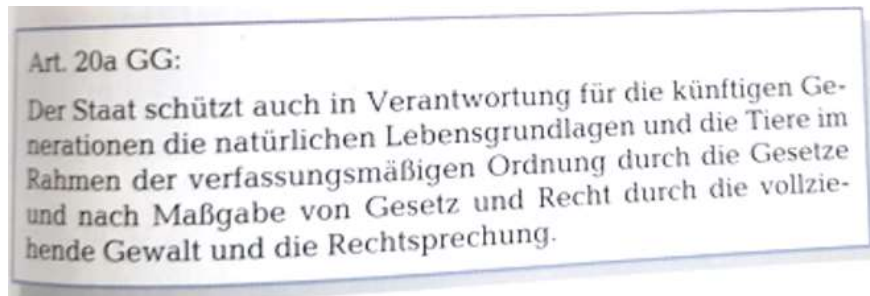
direkte Geldleistungen,  
die der Staat  
Unternehmen oder  
Wirtschaftsbereichen  
ohne direkte  
Gegenleistung gewährt.

**Konjunkturprogramme**  
wirtschaftspolitische  
Maßnahmen (z.B.  
Steuervergünstigungen),  
die hauptsächlich ein  
angemessenes  
Wirtschaftswachstum,  
erreichen und sichern  
sollen.



## 1.7 Schutz der natürlichen Lebensgrundlage

Die Lebensweise der Menschen in den Industrienationen hat in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend Umweltprobleme hervorgerufen. Diese können den Staat nicht unberührt lassen, daher betreibt er aktiv Umweltpolitik. Ihre Bedeutung wird auch durch ihre verfassungsmäßige Verankerung deutlich und wird in den kommenden Jahren an Brisanz zunehmen.



## 1.8 Funktionierende Verwaltung

Alle genannten Staatsaufgaben müssen für die Bürger umgesetzt werden. Dies geschieht durch die öffentliche Verwaltung im Bund, den Ländern und Kommunen.

Sie handelt als **Leistungsverwaltung**, wenn sie zum Beispiel Sozialhilfe und Wirtschaftsförderungen zahlen oder einen Kindergartenplatz bereitstellt. Dabei handelt es sich um **Eingriffsverwaltung**, wenn die öffentliche Verwaltung beispielsweise Bürgern Bußgelder auferlegt, von ihnen Steuern eintreibt oder eine Fahrerlaubnis entzieht.



### Leistungsverwaltung:

Hier gewährt die öffentliche Verwaltung dem Bürger Rechte oder verschafft ihm Vorteile, die sich direkt finanziell auswirken, es können aber auch Rechte ohne direkte finanzielle Wirkung eingeräumt werden, zum Beispiel Baugenehmigungen.

### Eingriffsverwaltung:

Hier greift die öffentliche Verwaltung in die Rechte des Bürgers ein. Er verliert eine Berechtigung oder muss Zahlungen leisten, ohne hierfür eine (direkte) Gegenleistung zu erhalten.

Notizen: